

Protokoll Nr. 37 (2023-2027) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen

Sitzungstag: 04.06.2026 Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr Sitzungsende: 22:01 Uhr Sitzungsort: Bürgerhaus Hemelingen
Godehardstraße 4
Sitzungssaal (großer Anbau)

Anwesend:

Vom Ortsamt

Jörn Hermening
Marc Liedtke

Vom Beirat

Susanne Alm
Berfin Ataç
Kerstin Biegemann
Ralf Bohr
Jens Dennhardt
Heinz Hoffhenke
Hans-Peter Hölscher
Tom Hundak
Uwe Jahn
Yunas Kaya
Dr. Christian Kornek
Elisabeth Laß
Waltraut Otten
Ingo Tebje (ab 19:10 Uhr)
Christa Wilke (bis 20:30 Uhr)
Reinhard Zwilling

Referent: innen / Gäste

Marijana Toben (Bremer Umwelt Beratung)
Holger Fränzel (Polizei)
Dirk Bülow (Polizei)
Gisela Fröhlich (Seniorenvertretung)
Rainer Lübke (Seniorenvertretung)
Dietmar Kirchhoff (Seniorenvertretung)
Michael Breidbach (Seniorenvertretung)

sowie weitere am Stadtteilgeschehen interessierte Personen

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.05.2026 und Rückmeldungen

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

TOP 3: Vorstellung Beratungsangebot Anpassung an den Klimawandel

TOP 4: Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik

TOP 5: Bericht Seniorenvertretung

TOP 6: Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Parkplätze

TOP 7: Antrag der Grünen-Fraktion zum Thema Straßennamen neue Baugebiete

TOP 8: Beiratsverschiedenes

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung. Da zu dem mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung von den Beiratsmitgliedern keine weiteren Änderungs-/Ergänzungswünsche geäußert werden, gilt dieser als beschlossen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.05.2026 und Rückmeldungen

Das Protokoll der Sitzung vom 07.05.2026 wird genehmigt.

Rückmeldungen

auf Beiratsbeschlüsse

037-2026-B Sicherheit Sebaldstraße

Antwort vom ASV vom 04.06.:

[...]

Grundsätzlich sind Markierungen auf der Fahrbahn oder im Bereich anderer Straßenbestandteile, wenn diese durch Beiräte erbeten und durch das Stadtteilbudget finanziert werden, jedoch zuzulassen und umzusetzen, wenn sie einen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit leisten könnten und nicht im Widerspruch zur Straßenverkehrs-Ordnung stehen.

Eine Anhörung wird in Kürze auf den Weg gebracht.

Nach § 39 Abs. 5 Satz 2 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) sind Markierungen grundsätzlich weiß auszuführen. Lediglich vorübergehend gültige Markierungen dürfen gemäß § 39 Abs. 5 Satz 3 StVO gelb ausgeführt werden. Gelbe Markierungen dienen insbesondere der temporären Verkehrsführung, beispielsweise im Bereich von Baustellen, und heben bestehende weiße Markierungen auf.

Die StVO trifft damit eine abschließende Regelung zur Farbgebung von Fahrbahnmarkierungen. Andere Farben sind für verkehrsrechtlich wirksame Fahrbahnmarkierungen grundsätzlich nicht vorgesehen. Eine eigenständige Anordnung oder Aufbringung von Markierungen in anderen Farben wäre daher nicht mit den Vorgaben der StVO vereinbar und könnte zu Missverständnissen hinsichtlich ihrer rechtlichen Bedeutung führen.

Aus Gründen der bundesweit einheitlichen und für alle Verkehrsteilnehmenden verständlichen Verkehrsregelung können daher auf öffentlichen Fahrbahnen grundsätzlich nur weiße Markierungen beziehungsweise vorübergehend geltende gelbe Markierungen verwendet werden.

Jörn Hermening trägt die Antwort vor und lässt darüber abstimmen, ob eine Umsetzung aus dem Verkehrsbudget finanziert werden soll:

Stellungnahme: Zustimmung (15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Ein Beiratsmitglied hat nicht mit abgestimmt, da es noch nicht anwesend war.

039-2026-B Parken Kleine Westerholzstraße

Antwort des ASV vom 18.05.:

[...]

Ein Vorschlag für alternierendes Parken inklusive Parkstandmarkierung wird von uns erarbeitet; der Beirat wird gegebenenfalls im Rahmen einer Anhörung beteiligt oder informiert, falls keine Regelung möglich ist. Vorsorglich weisen wir darauf hin, dass den Anliegern infolge dieser Maßnahme künftig weniger Parkmöglichkeiten zur Verfügung stehen würden – auch wenn zuvor teilweise ordnungswidrig geparkt wurde. Unabhängig von der rechtlichen Bewertung wurden die Flächen bislang faktisch zum Parken genutzt.

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Eine Bürgerin berichtet, dass der Grünstreifen in der Bennigsenstraße vom UBB nicht gemäht wird. Sie wünscht sich, dass dort zukünftig öfter gemäht wird. Jörn Hermening verweist auf die Pflegeverträge mit dem UBB und sichert zu, beim UBB nachzufragen.

Eine weitere Bürgerin weist auf eine illegale Müllablagerung in Mahndorf/ Verlängerung Klunenhagener Straße hin. Die Ablagerung befindet sich vor der Marsch, von der Heerstraße rechts.

Jörn Hermening sichert zu, der Sache nachzugehen, und bittet um Zusendung der Bilder und des genauen Standortes.

Birgit Benke weist auf die Hemelinger Aktionswoche vom 08. bis 13.06., die vom Stadtteil-Marketing organisiert wurde, hin.

Eine weitere Bürgerin erkundigt sich nach der Nachpflanzung in der Westerholzstraße. Sie erläutert, dass sie erfahren hat, dass die gefälltten Bäume nicht durch Kanalbauarbeiten beschädigt wurden, sondern aufgrund eines Pilzbefalls gefällt werden mussten. Sie fühlt sich von der Behörde getäuscht und möchte nun offiziell wissen, warum die Bäume gefällt werden mussten.

Jens Dennhardt gibt den Hinweis, das Thema im Umweltausschuss aufzurufen. Es soll geklärt werden, welche Straßenbäume fehlen und wie die Planung der Nachpflanzung aussieht.

Ein Bürger weist auf ein Mensch-Ärgere-Dich-Nicht-Turnier am 05.06. im Mobile hin.

Ein weiterer Bürger macht darauf aufmerksam, dass es derzeit sehr gefährlich ist aus der Drebbberstraße mit dem Auto herauszufahren. Vor der Einfahrt parkt dauerhaft ein Auto und der Autofahrer kann den Bereich der Hemelinger Heerstraße nicht einsehen.

Jörn Hermening sichert zu, das Problem an die zuständigen Stellen weiterzugeben.

TOP 3: Vorstellung Beratungsangebot Anpassung an den Klimawandel

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Marijana Toben von der Bremer Umwelt Beratung e.V. anwesend. Die Präsentation befindet sich im Anhang (Anhang 1).

Diskussion:

Susanne Alm fragt, ob Maßnahmen wie z.B. Zisternen, genehmigungspflichtig sind.

AW: Marijana Toben antwortet, dass auf Privatgrundstücken in der Regel keine Genehmigungen erforderlich sind. Eine Ausnahme kann die Nutzung von Regenwasser als Brauchwasser im Haus darstellen.

Reinhard Zwilling weist darauf hin, dass kleinere Einhausungen von Zisternen üblicherweise nicht genehmigungspflichtig sind. Zudem empfiehlt er, Fassadenbegrünungen insbesondere bei Reihenhäusern, mit den Nachbarn abzustimmen, da Pflanzen stark wachsen und dadurch Konflikte entstehen könnten.

AW: Marijana Toben ergänzt, dass Fassadenbegrünungen regelmäßig gepflegt werden müssten. Im Förderprogramm würden ausschließlich Gerüstkletterpflanzen gefördert. Die Umweltberatung unterstütze bei der Auswahl geeigneter Pflanzen und der Planung.

Ralf Bohr fragt, welche Veranstaltungen und Projekte in Hemelingen geplant sind. Außerdem möchte er wissen, ob die Umweltberatung den Beirat bei Entsiegelungsmaßnahmen und Förderanträgen beraten könnte.

AW: Marijana Toben antwortet, dass die Bremer Umweltberatung ihre Aktivitäten in Hemelingen ausbauen will. Geplant ist unter anderem ein Entsiegelungsworkshop auf einer Privatfläche. Es wird über den Rückbau von Schottergärten informiert. Der Beirat kann bei konkreten Projekten und Flächenvorschlägen gern fachlich beraten werden.

Dr. Christian Kornek erkundigt sich nach den ungefähren Kosten verschiedener Begrünungsmaßnahmen.

AW: Marijana Toben erklärt, dass die Kosten stark von Art und Umfang der Maßnahme abhängen. Viele Maßnahmen könnten in Eigenleistung umgesetzt werden, wodurch die Kosten deutlich reduziert werden könnten.

Reinhard Zwilling fragt, wie die Einhaltung des Begrünungsortsgesetzes kontrolliert werden soll.

AW: Marijana Toben antwortet, dass die Kontrolle nicht zum Aufgabenbereich der Umweltberatung gehört. Zuständig sind die entsprechenden Behörden.

Eine Bürgerin berichtet von positiven Erfahrungen mit dem Förderprogramm und verweist auf eine Förderung in Höhe von 5.000 Euro für eine Dachbegrünung.

AW: Marijana Toben erläutert, dass je nach Maßnahme Förderungen von bis zu 6.000 Euro möglich sind. Auch Regenwassernutzung, Fassadenbegrünungen und weitere Schwammstadtmaßnahmen werden gefördert.

Jens Dennhardt fragt, ob bei den Beratungen auch mögliche Einsparungen bei den Bewässerungsgebühren berücksichtigt werden

AW: Marijana Toben antwortet, dass dies Bestandteil der Beratung ist. Im Abschlussbericht, den man nach der Beratung erhält, werden mögliche Einsparungen durch Entsiegelung, Dachbegrünung oder Teilentsiegelung dargestellt. Entsiegelte oder begrünte Flächen könnten die Gebührenbelastung reduzieren.

TOP 4: Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Holger Fränzel, Leiter des Polizeikommissariats Ost, und Dirk Bülow, Revierleiter Hemelingen, anwesend. Er präsentiert die Polizeiliche Kriminalstatistik wie folgt:

- Die Zahlen für Bremen zeigen insgesamt und für Hemelingen eine positive Entwicklung.
- Die Einwohnerzahl im Stadtteil Hemelingen bewegt sich seit mehreren Jahren relativ konstant bei rund 44.000 Einwohner:innen. Die Kriminalitätszahlen werden regelmäßig ins Verhältnis zur Einwohnerzahl gesetzt, um Vergleiche mit der Gesamtstadt Bremen zu ermöglichen.
- Im Land Bremen wurden im Jahr 2024 rund 105.000 Straftaten registriert. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der Straftaten um rund zehn Prozent zurück. Gleichzeitig stieg die Aufklärungsquote auf 49 Prozent.
- In Hemelingen sank die Zahl der registrierten Straftaten um 1.001 Fälle beziehungsweise 19,3 Prozent. Mit rund 95 Straftaten pro 1.000 Einwohner liegt der Stadtteil deutlich unter dem Bremer Durchschnitt von 137 Straftaten pro 1.000 Einwohner.
- Die Zahl der Raubdelikte ist in Hemelingen leicht angestiegen. Im Vergleich zur Gesamtstadt liegt die Belastung jedoch weiterhin unter dem Durchschnitt. Handtaschenraube spielten im Berichtsjahr praktisch keine Rolle.
- Besonders positiv entwickelte sich die Zahl der Wohnungseinbrüche. Diese ging gegenüber dem Vorjahr um mehr als die Hälfte zurück. Auch Tageswohnungseinbrüche nahmen deutlich ab. Gründe dafür sind vermutlich verstärkte Präventionsmaßnahmen und verbesserte Sicherheitstechnik.
- Ebenfalls rückläufig waren Einbrüche in Geschäfts- und Büroräume, Einbrüche in Keller und Waschküchen, Diebstähle aus Kraftfahrzeugen sowie Fahrraddiebstähle. Die Rückgänge fallen in Hemelingen teilweise stärker aus als im Bremer Durchschnitt.
- Die Gesamtzahl der Körperverletzungsdelikte ging zurück. Gleichzeitig stieg jedoch die Zahl der gefährlichen und schweren Körperverletzungen. Diese Entwicklung ist besorgniserregend und wird unter anderem auf gesellschaftliche Spannungen und Konflikte im sozialen Umfeld zurückgeführt.
- Die Zahl der Rauschgiftdelikte nahm ab. Dies wird teilweise auf die veränderte Gesetzeslage zurückgeführt. Gleichzeitig weist Fränzel darauf hin, dass polizeiliche Ressourcen zunehmend durch andere Einsatzlagen gebunden werden.
- Straftaten zum Nachteil älterer Menschen gingen ebenfalls zurück. Dennoch warnt die Polizei weiterhin vor Betrugsformen wie Enkeltrick, falschen Handwerkern oder Täuschungen mithilfe künstlicher Intelligenz.
- Insgesamt liegt Hemelingen in nahezu allen betrachteten Deliktsbereichen unter dem stadtweiten Durchschnitt. Die Entwicklung wird von der Polizei daher als positiv bewertet.

Diskussion:

Hans-Peter Hölscher erkundigt sich, ob die in den Vorjahren erwähnten Altfälle weiterhin Einfluss auf die Statistik haben. Außerdem möchte er wissen, ob Clan-Kriminalität oder Schusswaffendelikte in Hemelingen eine Rolle spielen.

AW: Holger Fränzel erläutert, dass Altfälle weiterhin Bestandteil der Statistik sind. Dies ist systembedingt, da Verfahren häufig erst im Folgejahr abgeschlossen werden. Hinweise auf Clan-Kriminalität oder aktuelle Schusswaffenvorfälle in Hemelingen liegen ihm derzeit nicht vor.

Yunas Kaya möchte wissen, ob Raubdelikte mit Ladendiebstählen zusammenhängen können. Zudem fragt er nach weiteren Maßnahmen zum Schutz älterer Menschen vor Betrugsaschen.

AW: Holger Fränzel berichtet, dass die Sensibilität für solche Betrugsformen zwar zunimmt, ältere Menschen aber weiterhin besonders gefährdet sind.

Dirk Bülow ergänzt, dass die Polizei zahlreiche Präventionsangebote durchführt, unter anderem in Senioreneinrichtungen, im öffentlichen Nahverkehr, in Einkaufszentren und gemeinsam mit Banken. Gerade die Zusammenarbeit mit Kreditinstituten habe bereits viele Betrugsfälle verhindern können. Die zunehmenden Möglichkeiten durch künstliche Intelligenz stellen jedoch eine neue Herausforderung dar.

Ingo Tebje fragt nach den Ursachen des deutlichen Rückgangs der Kriminalität. Zudem bittet er um eine Einordnung der Vergleichszahlen zwischen den Stadtteilen.

AW: Holger Fränzel verweist auf verschiedene Maßnahmen wie mobile Wachen, den Ausbau der Videoüberwachung sowie umfangreiche Präventionsarbeit an Schulen und in Jugendeinrichtungen. Gleichzeitig betont er, dass bestimmte Delikte naturgemäß stärker in einzelnen Stadtteilen oder an besonderen Orten auftreten und daher Vergleiche immer differenziert betrachtet werden müssen.

Dr. Christian Kornek äußert sich besorgt über den Anstieg der gefährlichen und schweren Körperverletzungen und fragt nach dem Zusammenhang mit häuslicher Gewalt.

AW: Holger Fränzel erklärt, dass hierzu keine detaillierten Zahlen vorliegen. Diese können bei Bedarf nachgereicht werden. Er weist darauf hin, dass unter dieser Deliktsgruppe sehr unterschiedliche Sachverhalte zusammengefasst werden.

Reinhard Zwilling stellt fest, dass Hemelingen insgesamt ein sicherer Stadtteil sei. Er möchte wissen, welche Schwerpunkte die Polizei künftig setzen wird.

AW: Dirk Bülow erklärt, dass die bisherigen Präventionsschwerpunkte, insbesondere bei Einbrüchen, Straftaten zum Nachteil älterer Menschen und Körperverletzungen, fortgeführt werden. Gleichzeitig gewinne die Präventionsarbeit im Bereich Cyberkriminalität und Cybergrooming zunehmend an Bedeutung. Hierzu sind neue Programme für Schulen, Eltern und Lehrkräfte geplant.

Heinz Hoffhenke fragt nach der personellen Ausstattung der Kontaktpolizisten und danach, wo Bürger:innen Anzeigen erstatten können.

AW: Dirk Bülow berichtet, dass derzeit eine Stelle unbesetzt sei. Anzeigen könnten online sowie an den zentralen Polizeidienststellen aufgenommen werden. Bei Bedarf würden auch Bürger:innen unterstützt, die die Hemelinger Wache aufsuchen.

Elisabeth Lass interessiert sich dafür, ob einzelne Ortsteile innerhalb Hemelings von den allgemeinen Entwicklungen abweichen.

AW: Dirk Bülow erläutert, dass sich bestimmte Delikte örtlich konzentrieren können. Beispielsweise seien Kfz-Aufbrüche im Bereich des Hansa-Carrés in Hastedt häufiger als in anderen Ortsteilen. Insgesamt gebe es jedoch keine außergewöhnlichen Auffälligkeiten einzelner Ortsteile.

Berfin Atac erkundigt sich nach der Entwicklung bei Sachbeschädigungen und verweist auf wiederkehrende Brandstiftungen und Vandalismus im öffentlichen Raum.

AW: Holger Fränzel erklärt, dass die Polizei regelmäßig Schwerpunktmaßnahmen durchführt und ihre Präsenz an bekannten Problemlagen verstärkt. Die konkrete

Entwicklung der Sachbeschädigungen sei in der Präsentation jedoch nicht dargestellt worden.

Ralf Bohr hebt hervor, dass insbesondere die Zahl der Körperverletzungen weiterhin hoch erscheine. Er fragt, welche Maßnahmen die Polizei zur Verringerung dieser Delikte ergreift.

AW: Holger Fränzel erläutert, dass die Polizei auf Gefährderansprachen, Präventionsprogramme und ein umfassendes Gefährdungsmanagement setzt. Gleichzeitig betont er, dass die Ursachen von Gewalt vielschichtig sind und nicht allein durch polizeiliche Maßnahmen beeinflusst werden können.

Dirk Bülow ergänzt, dass einzelne Auseinandersetzungen mit mehreren Beteiligten statistisch zu einer hohen Zahl von Strafanzeigen führen können. Dadurch würden die Fallzahlen teilweise relativiert.

TOP 5: Bericht Seniorenvertretung

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind der Vorsitzende und die Hemelinger Delegierten der Bremer Seniorenvertretung anwesend. Als erstes präsentiert Michael Breidbach als Vorsitzender die aktuelle Gesamtsituation:

- Die Seniorenvertretung hat einen Workshop durchgeführt, um Wege zu finden, die Arbeit der Seniorenvertretung bekannter zu machen und die Zusammenarbeit mit den Beiräten zu stärken.
- Ziel ist es, seniorenrelevante Themen stärker in die Stadtteilpolitik einzubringen. Die Seniorenvertretung sieht sich dabei als Ansprechpartner für Anliegen älterer Menschen und möchte ihre Erfahrungen und Hinweise stärker in politische Entscheidungen einfließen lassen.
- Ein wichtiges Thema ist die Barrierefreiheit. Hindernisse im öffentlichen Raum, aber auch in öffentlichen Einrichtungen oder Gaststätten, erschweren älteren Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.
- Weitere Schwerpunkte sind die Sicherheit älterer Menschen, die Rentenpolitik sowie die Zukunft der Pflege.
- Die Seniorenvertretung setzt sich für eine solidarisch finanzierte Altersversorgung ein, um langfristig eine ausreichende Absicherung im Alter zu gewährleisten.
- Im Bereich Pflege wird die Notwendigkeit gesehen, ältere Menschen möglichst lange in ihrem häuslichen Umfeld zu unterstützen. Gleichzeitig müsse die Finanzierung der Pflege dauerhaft gesichert werden.
- Derzeit arbeitet die Seniorenvertretung an der Einführung eines Seniorenmitwirkungsgesetzes, um ihre Beteiligungsrechte auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Bislang basiert ihre Arbeit lediglich auf einem Senatsbeschluss aus dem Jahr 1992.
- Breidbach appelliert an die Beiräte, die Seniorenvertreter:innen bei relevanten Themen frühzeitig einzubeziehen und deren Erfahrungen stärker zu nutzen.

Diskussion:

Ralf Bohr spricht die Probleme durch zugeparkte Gehwege an und möchte wissen, wie die Seniorenvertretung die Auswirkungen auf ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen bewertet.

Kerstin Biegemann betont, dass die Sitzungen von Beirat und Ausschüssen öffentlich sind und Seniorenvertreter:innen jederzeit die Möglichkeit haben, ihre Anliegen einzubringen.

AW: Michael Breidbach verweist auf die zahlreichen Angebote für ältere Menschen in Bremen und sieht bei der Beteiligung der Seniorenvertretung noch Entwicklungsmöglichkeiten. Die Einbindung der Seniorenvertreter:innen wird in den Stadtteilen unterschiedlich gehandhabt. Zum Thema Gehwegparken äußert er, dass die Problemlage in einzelnen Stadtteilen unterschiedlich ausgeprägt ist.

Uwe Jahn hebt hervor, dass Anliegen der Seniorenvertretung regelmäßig auch in der Beirätekonzferenz thematisiert werden.

Ein Bürger merkt an, dass zugeparkte Gehwege nicht nur Senior:innen betreffen, sondern alle Menschen einschränken. Zudem regt er an, die Seniorenvertretung häufiger im Beirat berichten zu lassen und verweist auf die Bedeutung abgesenkter Bordsteine für mobilitätseingeschränkte Personen.

AW: Jörn Hermening erläutert, dass der Beirat bereits beschlossen hat, die Seniorenvertretung mindestens einmal jährlich einzuladen. Zudem ist ein Kataster für Barrieren im öffentlichen Raum in Auftrag gegeben worden, um problematische Stellen systematisch zu erfassen und schrittweise zu verbessern.

Michael Breidbach ergänzt, dass gerade bei Fragen der Barrierefreiheit die Erfahrungen älterer Menschen wichtige Hinweise für die Planung liefern können.

Präsentation der drei Hemelinger Seniorenvertreter:innen:

Rainer Lübke berichtet:

- über die geplante Umgestaltung der Domsheide als zentrale Umsteigeanlage des öffentlichen Nahverkehrs.
- Seit mehr als zehn Jahren wird über verschiedene Planungsvarianten diskutiert. Der Senat hat sich inzwischen für eine konkrete Variante entschieden, die Grundlage der weiteren Planung ist.
- Behindertenverbände kritisieren die aktuelle Planung, da sie aus ihrer Sicht keine vollständige Barrierefreiheit gewährleistet. Insbesondere werden lange Umsteigewege sowie Gefällestrassen als problematisch angesehen.
- Nach einem Schlichtungsverfahren zwischen Senat und Behindertenverbänden konnte keine Einigung erzielt werden.
- Die Behindertenverbände haben deshalb angekündigt, gegen die Planungen vor dem Verwaltungsgericht vorzugehen.
- Lübke befürchtet, dass sich der Umbau der Domsheide durch die juristischen Auseinandersetzungen um weitere Jahre verzögern wird.

Dietmar Kirchhoff erläutert:

- die Arbeit der Seniorenvertretung aus Sicht des Stadtteils Hemelingen.
- Die Interessen älterer Menschen werden häufig über die Fraktionen und die dort aktiven Seniorenvertreter:innen in die politische Arbeit eingebracht.
- Die Seniorenvertretung arbeitet in mehreren Arbeitsgruppen zu Themen wie Pflege, Mobilität, Digitalisierung und generationengerechte Stadtentwicklung.
- Ziel ist es, Anliegen aus den Stadtteilen in die Seniorenvertretung einzubringen und umgekehrt aktuelle Themen der Seniorenvertretung in die politische Arbeit vor Ort zurückzutragen.
- Ein zentrales Anliegen bleibt die Stärkung der Mitwirkungsrechte älterer Menschen auf kommunaler und stadtweiter Ebene.
- Kirchhoff weist darauf hin, dass der Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung stetig wächst, ihre Einflussmöglichkeiten jedoch nicht im gleichen Maße zunehmen.

Gisela Fröhlich berichtet:

- aus dem Bereich Gesundheit und Pflege und kritisiert die hohen Eigenanteile in Pflegeheimen. Die monatlichen Investitionskosten seien für viele Betroffene kaum finanzierbar.
- Politische Initiativen zur Entlastung der Pflegebedürftigen hätten bislang nicht zu spürbaren Verbesserungen geführt.
- Die Seniorenvertretung setze sich dafür ein, dass ältere Menschen stärker in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden.
- Ein besonderes Problem sieht Fröhlich bei der Kurzzeitpflege. Obwohl politisch das Ziel verfolgt werde, Menschen möglichst lange zu Hause zu versorgen, fehlten vielerorts ausreichende Kurzzeitpflegeplätze.
- Eigene Erfahrungen und Rückmeldungen aus der Praxis zeigten, dass selbst kurzfristige Pflegeplätze oft nicht verfügbar seien.
- Fröhlich kritisiert, dass wirtschaftliche Erwägungen der Einrichtungen häufig dazu führten, dass Kurzzeitpflegeplätze nicht angeboten werden.
- Sie fordert deshalb einen stärkeren Ausbau entsprechender Angebote sowie eine grundlegende Reform der Pflegefinanzierung.
- Darüber hinaus spricht sie sich für eine Begrenzung der Eigenanteile in Pflegeheimen aus, da die Kosten für viele Menschen nicht mehr tragbar seien.

Diskussion:

Susanne Alm fragt nach besonderen Herausforderungen im Stadtteil Hemelingen. Außerdem interessiert sie, wie die Mitwirkungsrechte der Seniorenvertretung gestärkt werden könnten.

AW: Michael Breidbach verweist auf die laufenden Bemühungen um ein Seniorenmitwirkungsgesetz. Ziel ist es, verbindliche Beteiligungsrechte zu schaffen und den Anliegen älterer Menschen mehr politisches Gewicht zu verleihen. Er hält es für denkbar, dass auch Beiräte entsprechende Forderungen unterstützen.

Dr. Christian Kornek schlägt vor, das Thema in einer der nächsten Ausschusssitzungen aufzugreifen und gemeinsam mit der Seniorenvertretung einen Antrag zu erarbeiten.

Uwe Jahn regt an, sich bei den Beteiligungsrechten an den Erfahrungen der Beirätekonferenz zu orientieren und die Forderungen gemeinsam mit anderen Beiräten voranzubringen.

AW: Dietmar Kirchhoff weist darauf hin, dass Beteiligung keine Einbahnstraße ist. Neben eigenen Initiativen der Seniorenvertretung ist es wichtig, dass Beiräte und Ausschüsse aktiv auf die Seniorenvertreter:innen zugehen und deren Einschätzungen einholen. Zugleich erinnert er daran, dass die Themen der Seniorenvertretung viele Menschen betreffen, da die Altersgruppe der Senior:innen bereits ab dem 60. Lebensjahr beginnt.

Jörn Hermening bedankt sich abschließend für das Engagement der Seniorenvertretung und würdigt deren Einsatz in den verschiedenen Themenfeldern.

Antrag:

Jens Dennhardt stellt einen Antrag zur Unterstützung der Forderungen der Seniorenvertretung vor:

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Beirat Hemelingen unterstützt die Bemühungen der Seniorenvertretung Bremen für den Erhalt und die Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten, bezahlbaren und solidarisch finanzierten Pflege- und Gesundheitsversorgung.

Der Beirat spricht sich gegen Bestrebungen zum Abbau sozialer Leistungen im Gesundheits- und Pflegebereich aus und fordert Senat und Bürgerschaft auf,

*Den Zugang zu Gesundheitsleistungen unabhängig von Einkommen und Vermögen sicherzustellen,
Pflegebedürftige Menschen sowie ihre Angehörigen finanziell zu entlasten, etwa durch die Begrenzung der Eigenanteile in der stationären Pflege,
Die kommunale Gesundheitsversorgung, Prävention und wohnortnahe Unterstützungsangebote auszubauen,
Die Arbeitsbedingungen und die Personalausstattung in Pflege- und Gesundheitseinrichtungen zu verbessern,
Sich für die nachhaltige Stärkung der Pflegeversicherung einzusetzen,
Soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben älterer Menschen zu fördern.*

Diskussion:

Reinhard Zwilling gibt zu bedenken, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen finanziert werden müssen, und erkundigt sich nach möglichen Finanzierungswegen.

Tom Hundak merkt an, dass die Inhalte des Antrags die Zuständigkeiten eines Beirates teilweise überschreiten.

Yunas Kaya weist darauf hin, dass verschiedene Forderungen des Antrags bereits auf Bundesebene diskutiert oder verfolgt werden.

AW: Jens Dennhardt entgegnet, dass die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme eine politische Verteilungsfrage ist. Er spricht sich für eine Bürgerversicherung aus, in die alle Bevölkerungsgruppen einzahlen. Dadurch kann die soziale Absicherung langfristig gestärkt werden.

Jörn Hermening stellt klar, dass die Frage der Finanzierung nicht Gegenstand des vorliegenden Antrags ist. Der Antrag beschränkt sich auf die formulierten politischen Forderungen.

Ein Bürger unterstützt den Antrag. Er findet es wichtig, dass der Beirat sich deutlich gegen Altersarmut positioniert und die Anliegen älterer Menschen öffentlich sichtbar macht.

Gisela Fröhlich bewertet den Antrag als wichtige Unterstützung für die Arbeit der Seniorenvertretung und begrüßt die politische Rückendeckung durch den Beirat.

Dr. Christian Kornek erklärt, den Antrag inhaltlich grundsätzlich zu unterstützen. Er schlägt jedoch vor, den Antrag zunächst in einen Ausschuss zu verweisen, um ihn weiterzuentwickeln und einen stärkeren Bezug zum Stadtteil Hemelingen herzustellen.

Jörn Hermening weist darauf hin, dass zunächst über den Antrag auf Verweisung in einen Ausschuss abgestimmt wird:

Abstimmung über die Verweisung in einen Ausschuss:

Stellungnahme: Ablehnung (4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)
(Christa Wilke war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht mehr anwesend)

Der Antrag auf Verweisung in einen Ausschuss wird damit abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag:

Stellungnahme: Zustimmung (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen)

TOP 6: Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Parkplätze

Dr. Christian Kornek stellt den Antrag vor (Anlage 2).

Elisabeth Lass hält die Forderung nach dem Erhalt aller Parkplätze für nicht vereinbar mit den Zielen der Verkehrssicherheit, Barrierefreiheit, des Klimaschutzes und der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Zudem ist die Parksituation im Stadtteil sehr unterschiedlich und nicht überall angespannt. Sie spricht sich gegen den Antrag aus.

Kerstin Biegemann bemängelt, dass der Antrag keine Alternativen zum privaten Pkw-Verkehr berücksichtigt. Konzepte wie Carsharing oder eine Reduzierung des Fahrzeugbestandes werden nicht angesprochen. Zudem stelle sich die Frage, wo mögliche Ersatzparkplätze überhaupt entstehen können. Sie verweist darauf, dass der öffentliche Raum jahrzehntelang vorrangig für den Autoverkehr ausgebaut worden ist und nun andere Verkehrsarten stärker berücksichtigt werden müssen.

Tom Hundak verweist auf steigende Pkw-Zahlen im Stadtteil und sieht darin einen weiteren Grund, den Autoverkehr langfristig zu reduzieren. Die begrenzten Flächen im öffentlichen Raum müssen aus seiner Sicht effizienter genutzt werden. Als Beispiel nennt er Städte, die den öffentlichen Raum stärker begrünt und vom ruhenden Verkehr entlastet haben.

Ingo Tebje erinnert daran, dass sich die CDU auf Landesebene zu den Zielen der Klima-Enquete-Kommission und zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs bekannt hat. Er hinterfragt, ob der vorliegende Antrag mit diesen gemeinsamen Zielsetzungen vereinbar ist.

Jörn Hermening informiert darüber, dass eine ausführliche schriftliche Stellungnahme einer Bürgerin zum Antrag eingegangen und allen Beiratsmitgliedern zur Verfügung gestellt worden ist.

Hans-Peter Höscher beantragt die Schließung der Rednerliste.

Stellungnahme: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Ralf Bohr verweist auf die Stellungnahme der erwähnten Bürgerin, die Widersprüche zwischen dem CDU-Antrag und bereits bestehenden Beschlüssen sowie Planungen sieht. Genannt werden unter anderem der Verkehrsentwicklungsplan und Beschlüsse zu Entsiegelungsmaßnahmen. Bohr kritisiert, dass der Antrag den Vorrang des Autoverkehrs fortschreibt und den unterschiedlichen Situationen in den Ortsteilen nicht ausreichend Rechnung trägt. Zudem stellt er die Frage, wo mögliche Ersatzparkplätze geschaffen werden sollen.

Yunas Kaya hält dem entgegen, dass die Interessen aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigt werden müssen. Aufgrund der industriellen Struktur Hemelings sind viele Menschen weiterhin auf das Auto angewiesen. Der Antrag verfolgt deshalb das Ziel, die Bedürfnisse der Autofahrenden angemessen zu berücksichtigen.

Dr. Christian Kornek weist die Kritik zurück. Der Antrag fordert keine zusätzlichen Parkplätze, sondern lediglich den Erhalt bestehender Stellflächen. Die steigende Zahl von Fahrzeugen zeigt aus seiner Sicht, dass ein weiterer Abbau von Parkplätzen problematisch ist. Zudem kann Entsiegelung auch an anderen Stellen erfolgen und ist nicht zwangsläufig mit dem Wegfall von Parkplätzen verbunden.

Reinhard Zwilling erklärt, dass eine Verringerung des Autoverkehrs nur durch attraktive Alternativen wie sichere Radwege und gute Fußwege erreicht werden kann. Gleichzeitig muss jedoch berücksichtigt werden, dass viele Menschen weiterhin auf das Auto angewiesen sind. Deshalb sollten die Bedürfnisse der Autofahrenden bei allen Planungen mitgedacht werden.

Jörn Hermening lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Stellungnahme: Zustimmung (9 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Antrag SPD-Fraktion: Parkraummanagement, Sicherung der Verkehrssicherheit und Weiterentwicklung der Parkrauminfrastruktur im Stadtteil Hemelingen

Jens Dennhard trägt den Antrag vor (Anlage 3)

Ralf Bohr erkennt einzelne positive Aspekte des Antrags an, etwa bei den Themen Barrierefreiheit, Verkehrssicherheit und Überwachung des ruhenden Verkehrs. Er kritisiert jedoch, dass die Ziele der Verkehrswende und einer Verringerung des motorisierten Individualverkehrs aus seiner Sicht zu wenig berücksichtigt werden. Zudem verweist er auf bestehende Beschlüsse zum Verkehrsentwicklungsplan sowie auf die Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Quartiersgaragen.

Ingo Tebje schließt sich der Kritik weitgehend an. Er verweist auf die Notwendigkeit, durch eine Kombination aus attraktiven Alternativen und steuernden Maßnahmen langfristig den Pkw-Verkehr zu reduzieren. Zwar enthält der Antrag einige richtige Ansätze, insgesamt fehlt ihm jedoch ein umfassenderes Konzept. Daher schlägt er vor, den Antrag zunächst zur weiteren Beratung in den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Jens Dennhardt entgegnet, dass der Antrag keine Abkehr von den Zielen des Verkehrsentwicklungsplanes und des Klimaschutzes bedeutet. Die aktuelle Situation mit einer steigenden Zahl parkender Fahrzeuge erfordert jedoch konkrete Maßnahmen zum Umgang mit dem vorhandenen Parkraum. Neben langfristigen Verbesserungen im öffentlichen Nahverkehr braucht es deshalb auch kurzfristige Lösungen für die bestehenden Probleme im Stadtteil.

Tom Hundak verweist auf die steigende Zahl von Fahrzeugen in Hemelingen und Bremen. Aus seiner Sicht muss eine Mobilitätswende auch mit einer Reduzierung von Parkflächen verbunden sein. Er nennt Carsharing-Stellplätze, Fahrradabstellanlagen und die Umwandlung von Parkplätzen in Grünflächen als Beispiele für alternative Nutzungen des öffentlichen Raums.

Jörn Hermening lässt zunächst über den Antrag von Ingo Tebje abstimmen, die Angelegenheit zur weiteren Beratung in einen Ausschuss zu verweisen:

Stellungnahme: Ablehnung (6 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen)

Damit ist der Antrag auf Verweis abgelehnt.

Jörn Hermening lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

Stellungnahme: Zustimmung (9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen)

TOP 7: Antrag der Grünen-Fraktion zum Thema Straßennamen neue Baugebiete

Kerstin Biegemann erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren für die Sitzung vorgesehenen Antrag aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr behandeln lassen möchte. Daher solle der Antrag auf die nächste Beiratssitzung verschoben werden.

Uwe Jahn stellt klar, dass der Antrag für die laufende Sitzung zurückgezogen und gleichzeitig für die Tagesordnung der nächsten Beiratssitzung angemeldet wird.

TOP 8: Beiratsverschiedenes

Aus dem GFA vom 03.06.:

Entsiegelungsmaßnahmen in der Saarburger Straße und Arberger Heerstraße

Kostenschätzung Saarburger Straße: 64.924,08 € (6.492 € bei einer Beteiligung von 10 % aus dem Verkehrsbudget)

Kostenschätzung Arberger Heerstraße: 41.415,21 € (4.142 € bei einer Beteiligung von 10 % aus dem Verkehrsbudget)

Beschluss:

Der Beirat stimmt für die Umsetzung beider Entsiegelungsprojekte und einer Beteiligung von 10 % aus dem Verkehrsbudget.

Stellungnahme: Zustimmung (15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Globalmittelvergabe

24 - Barrierearme/Barrierefreie Außenbestuhlung für Gartengelände und Terrasse

Antragsteller: Bürgerhaus Mahndorf e.V.

Gesamtausgaben: 4.072,00 €

Antragssumme: 3.257,60 €

Vorschlag aus dem GFA: 3.257,60 €

Stellungnahme: Zustimmung (15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung)

42- Meine Stimme zählt – Frauen. Macht. Politik.

Antragsteller: Förderverein Familienzentrum Mobile

Gesamtausgaben: 3.350,00 €

Antragssumme: 1.400,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 1.400,00 €

Dr. Christian Kornek erklärt, dass die CDU-Fraktion die Ziele und Inhalte des Projekts grundsätzlich unterstützt. Kritisch sieht man jedoch, dass sich das Angebot ausschließlich an junge Frauen richtet. Aus Sicht der CDU sollten auch junge Männer die Möglichkeit erhalten, an einem Projekt zur politischen Bildung und Beteiligung teilzunehmen. Daher beantragt die Fraktion, die Entscheidung zu vertagen und den Antragsteller zu bitten, das Projekt für junge Männer zu öffnen.

Ralf Bohr spricht sich gegen den Vertagungsantrag aus. Er verweist darauf, dass Frauen im politischen Leben nach wie vor unterrepräsentiert sind und das Projekt gezielt dazu beitragen solle, junge Frauen für politische Beteiligung zu gewinnen. Gerade vor diesem Hintergrund sei die Konzentration auf diese Zielgruppe sinnvoll und nachvollziehbar.

Jörn Hermening weist darauf hin, dass zunächst über den Geschäftsordnungsantrag zur Vertagung entschieden werden muss. Auf Antrag wird einvernehmlich der Schließung der Rednerliste zugestimmt.

Dr. Christian Kornek betont erneut, dass die CDU-Fraktion das Projekt grundsätzlich befürwortet. Da es jedoch um politische Bildung, die Vermittlung demokratischer Prozesse und das Kennenlernen politischer Institutionen geht, hält man es für sinnvoll, auch jungen Männern die Teilnahme zu ermöglichen.

Jörn Hermening lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen, die Entscheidung zu vertagen:

Stellungnahme: Ablehnung (4 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen)

Der Antrag auf Vertagung wird abgelehnt.

Jörn Hermening lässt über den Vorschlag des GFA abstimmen:

Stellungnahme: Zustimmung (10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen)

Uwe Jahn merkt an, dass die von der CDU aufgeworfene Frage grundsätzlich diskussionswürdig ist. Er kann sich vorstellen, ergänzend auch Projekte zur politischen Bildung und Sensibilisierung junger Männer zu unterstützen. Dies sollte jedoch unabhängig vom vorliegenden Antrag in einem separaten Zusammenhang verfolgt werden.

43- Barrierefreier Kulturgarten FreiRaum Dammi 14

Antragsteller: Stadtteilmarketing Hemelingen e.V.

Gesamtausgaben: 3.300,00 €

Antragssumme: 1.840,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 1.840,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen)

Nächste Beiratssitzung

Die nächste Beiratssitzung soll am 25.06.2026 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Hemelingen stattfinden.

Geplante Themen:

- Vorstellung der Arbeit des Stadtteilmarketings Hemelingen
- Antrag der Grünen zur Müllsituation im Stadtteil
- CDU Antrag Nutzungskonzept Puddingschule
- Antrag der Grünen-Fraktion zum Thema Straßennamen neue Baugebiete

gez. Hermening
Vorsitzender

gez. Jahn
Beiratssprecher

gez. Liedtke
Protokoll